

Niederschrift

über die 12. Sitzung des Sozialausschusses am 14.09.2023
(11. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Vorstellung der VoluMap - Plattform für freiwilliges Engagement und Ehrenamt	4
3 Weiterentwicklung des Ehrenamtes- Digitale Plattform Vorlage: FB22/1743/2023	5
4 Aktueller Sachstand zum Vergabeverfahren Neubau Obdach - in der Sitzung wird berichtet	7
5 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0671/2023	7
6 Aktueller Sachstand Stärkungspakt NRW Vorlage: FB22/0672/2023	8
7 Weiterentwicklung des Ehrenamtes - Umsetzung der Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Workshop Vorlage: FB22/1729/2023	8
8 Anforderungen und Entwicklung in der Wohnungsnothilfe Vorlage: FB22/0689/2023	10
9 Bericht zur Sitzung des Runden Tisches Barrierefrei - in der Sitzung wird berichtet	10
10 Anträge	10
11 Anfrage Bündnis90/Die Grünen zur Wohnraumbedarfsprognose Vorlage: FB22/0218/2023	10
12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	10
13 Termin der nächsten Sitzung: Donnerstag, den 16.11.2023	10
14 Verschiedenes	11

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Frau Linda Bähr	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Frau Nicole Joliet-Heising
Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Markus Frank
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	
Herr Jonas Kräling	Ratsmitglied	
Frau Gabriele Pricken	Ratsmitglied	
Herr Wolfgang Schwenzer	Sachkundiger Bürger	
Herr Peter Vossen	Sachkundiger Bürger	

von der SPD-Fraktion

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied
 Frau Kirsten Danes Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Aliina Housden	Ratsmitglied	
Frau Leoni Kanders	Ratsmitglied	Vertretung für Frau Ann Luisa Kanders
Herr Marc Möhr	Integrationsrat	

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Simons	Behindertenbeauftragter
Herr Oswald Hepner	Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker	Dezernent
Frau Beatrix Dreyer	Fachbereich 22
Frau Michaela Kümmel	Fachbereich 22

Schriftführerin

Frau Verena Nicolas Fachbereich 22

Frau Nüsret Seval Sachkundige Bürgerin

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Frank

Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ann Luisa Kanders

Beratende Mitglieder

Frau Heike Gabernig

Evangelische Kirchengemeinde

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder.

Er stellt die fristgerechte sowie ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Änderungswünsche oder Ergänzungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

2 Vorstellung der VoluMap - Plattform für freiwilliges Engagement und Ehrenamt

Roland und David Draier stellen die VoloMap anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Ratsfrau Housden bedankt sich für den Vortrag und fragt, wieso die App nicht vorher im Digitalausschuss vorgestellt worden sei.

Ratsfrau Niegeloh habe sich die VoloMap bereits heruntergeladen, eine Umfeldbetrachtung sei ihr jedoch nicht gelungen. Ratsfrau Niegeloh fragt, wer die Einstellung der Events in der App vornehmen und die Inhalte der App pflegen würde.

Herr Draier von der VoloMap erläutert, dass die Vereine bzw. Organisationen sich zunächst bei dem Administrator verifizieren müssten. Nach der Verifizierung seien die Vereine dann berechtigt, über ein Plus-Zeichen beliebig viele Events zu erstellen und zu verwalten. Die Administration würde in der Stadt Gütersloh von 3-4 ehrenamtlichen Personen übernommen, in der Stadt Bielefeld würde die Ehrenamtsagentur die Administration übernehmen. Denkbar sei jedoch auch die Einrichtung der Administration bei einem Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Die Einstellung der Angebote bzw. der Events liege dann alleine im Zuständigkeitsbereich der Vereine. Darin läge auch die Stärke der App, da somit immer eine zeitnahe Einstellung von Angeboten möglich sei.

Dezernent Herr Annacker hätte sich über eine live Demonstration der Anwendung der App gefreut. Herr Draier führt aus, dass dies aus technischen Gründen leider nicht möglich sei.

Ratsherr Bertholdt bemerkte ebenfalls, dass die visuelle Darstellung der Nutzung der App fehlen würde. Er ergänzt, dass die App auf einem großen Datensatz basieren würde, welcher durch die Vereine, Feuerwehr etc. eingespeist werden müsse. Ratsherr Bertholdt äußert die Sorge, der Aufwand könne für die Vereine zu hoch sein. Er ist weiterhin der Meinung, dass die Aufgabe der Administration bei der Stadtverwaltung angesiedelt werden müsse.

Herr Draier antwortet, dass die Erstellung eines Events nur zwei bis drei Minuten dauern würde. Die Bedienung sei zudem sehr leicht. Die Events könnten für geschlossene Gruppen oder offen für alle Nutzer eingestellt werden. Da jedes Mitglied des Vereines, welches die Zugangsdaten hat, ein Event erstellen könne, halte er den Aufwand für gering.

Ratsherr Kräling fragt, wie kommuniziert werde, dass ein Event belegt sei. Außerdem erkundigt er sich, ob ein Austausch der ehrenamtlichen Helfer über die App möglich sei und ob die Angebote nach verschiedenen Kriterien gefiltert werden könnten.

Herr Draier antwortet, dass Interessierte über einen Button ihre Teilnahme bestätigen könnten. Eine Liste mit allen Interessierten werde dann an den Eventersteller versandt. Dabei könne die Übermitt-

lung anonym oder mit den persönlichen Daten erfolgen. Der Austausch zwischen den Helfern sei möglich und verschiedene Filtermöglichkeiten könnten jedem Interessierten die passenden Angebote anzeigen. Zudem könnten alle Nutzer bestimmten Vereinen wie in einem sozialen Netzwerk folgen und sich über eine Push-Benachrichtigung über neue Events informieren lassen.

Ratsherr Nowak fragt, wie viele Kommunen die VoluMap bereits nutzen würden und wie die Kosten von 7.000 € pro Jahr nach Einwohnerzahl ermittelt werde.

Herr Draier führt aus, dass bereits 15 Kommunen die App nutzen würden, viel mehr Kommunen jedoch bereits Interesse gezeigt hätten.

Herr Draier informiert, dass verschiedene Module eingekauft werden könnten. Die Kosten würden sich, je nach Paket, auf 6 bis 12 Cent pro Einwohner belaufen. Bei der vorgestellten Version würde es sich um das Paket für 12 Cent pro Einwohner handeln, welches neben den Serverkosten auch die Website, Administratorrechte, Datenschutz nach der DSGVO und einen Support enthalte. Für die Vereine und Ehrenamtler sei die Nutzung jedoch immer kostenfrei.

Ratsfrau Pricken äußert, begeistert von der vorgestellten App zu sein. Sie betont, dass das Ehrenamt wichtig sei und die App eine gute Koordinierungsmöglichkeit biete. Frau Pricken ist sich sicher, dass alle Vereine, die auf das Ehrenamt angewiesen sind, mit Freude die erforderlichen Daten liefern würden.

Die sachkundige Bürgerin, Frau Bähr, erkundigt sich, wie Personen ohne Verein ehrenamtliche Helfer finden könnten. Sie äußert zudem Bedenken, dass bei einer zunächst erforderlichen Verifizierung durch die Kommune die Spontanität gefährdet sei.

Herr Draier antwortet, dass eine Eventerstellung für Einzelpersonen nicht möglich sei. Diese Personen könnten sich jedoch an eine Organisation wenden, welche dann beispielsweise für mehrere Interessierte ein Event „Einkaufshilfe“ erstellen könne.

Die Kommune bzw. der Administrator sei nur für die einmalige Verifizierung des Vereins zuständig, alle Angebote könnten anschließend ohne weitere Freigabe erstellt werden.

Der sachkundige Bürger, Herr Möhr, erkundigt sich nach der Anzahl der Nutzer und der Marketingstrategien der anderen Kommunen.

Herr Draier erklärt, dass in Bielefeld neben einer Socialmedia-Kampagne auch Plakate in U-Bahnen aufgehängt worden wären. Auch das Stadtmarketing sei beteiligt gewesen. Zusätzlich stünden jedoch auch die Vereine in der Verantwortung z.B. über Facebook-Gruppen oder ihre Mitglieder Werbung für die App zu machen.

Ratsherr Bertholdt erkundigt sich nach den Kündigungsfristen. Zudem betont er, dass die App als Werkzeug für das Ehrenamt gut geeignet sei, ein Administrator sowie die weitere Beratung vor Ort notwendig sei.

Herr Draier antwortet, dass die Kündigungsfrist 3 Monate vor Laufzeitende betrage. Nach einem Jahr könnten zudem Gespräche über die Zufriedenheit geführt werden.

3 Weiterentwicklung des Ehrenamtes- Digitale Plattform **Vorlage: FB22/1743/2023**

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt die Anschaffung und Finanzierung der vorgestellten App „VoluMap“ sowie die dazugehörige digitale Plattform zur Vermittlung von ehrenamtlichen Angeboten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

Sachverhalt:

Dezernent Herr Annacker führt aus, dass der Digitalausschuss neu sei, die Aufgaben müssten daher erst definiert und diese in den weiteren Ausschüssen verinnerlicht werden. Herr Annacker sehe die Entscheidung für eine Ehrenamts-App bei dem Sozialausschuss, im Rahmen des Digitalausschusses müsse entschieden werden, ob diese App in die Digitalstrategie passe. Herr Annacker sagt zu, dass seitens der Verwaltung vor Anschaffung der App geprüft werde, ob die VoluMap in den neuen Internetauftritt der Stadt Meerbusch problemlos zu integrieren sei. Zudem sei die vorgestellte App passend zu den erarbeiteten Anforderungen an eine Ehrenamtsplattform. Die Kosten stünden in einem angemessenen Verhältnis dazu.

Ratsfrau Housden stimmt Herrn Annacker zu, dass die Grundsatzentscheidung für den Einkauf einer App im Zuständigkeitsbereich des Sozialausschusses stünde, die Rahmenbedingungen der App sollten jedoch im Digitalausschuss erörtert werden.

Ratsfrau Niegeloh führt aus, dass im Workshop Ehrenamt die Entscheidung getroffen worden sei, dass ein zusammenführendes Element im Bereich Ehrenamt benötigt werde, das Angebot scheinbar passend zu dieser Entscheidung zu sein. Ratsfrau Niegeloh wünsche sich eine Evaluation nach einem Jahr.

Dezernent Herr Annacker merkt an, dass eine Realisierung einer vergleichbaren Plattform auf der Internetseite der Stadt Meerbusch schwierig umsetzbar sein könnte, da zum einen erhebliche datenschutzrechtliche Aspekte beachtet werden müssten und auch die Programmierung einer solchen Plattform viel Hintergrundarbeit benötige. Eine zeitnahe Umsetzung auf der städtischen Internetseite sei daher aus seiner Sicht nicht möglich. Der aktuelle Bedarf an Ehrenamtskoordination sei durch die App schnell und unkompliziert zu decken.

Bei Beschlussfassung würden die Vereine und Organisationen von Seiten der Verwaltung per E-Mail über die VoluMap informiert.

Ratsherr Bertholdt erläutert, es wäre ausreichend, wenn eine Stellungnahme des Digitalausschusses eingeholt werde. Es müsse eine hohe Bereitschaft initiiert werden, die App zu nutzen. Ehrenamt müsse spontan funktionieren. Zudem müsse die Erkenntnis geschaffen werden, dass Ehrenamt Spaß mache.

Ratsherr Fliege sagt, die App sei ein gutes und preisgünstiges Angebot. Er gibt zu bedenken, dass die Großstadt Köln eine solche App extern einkaufe, mit einer zeitnahen Realisierung einer vergleichbaren Anwendung durch die Stadt Meerbusch sei daher nicht zu rechnen.

Ratsherr Nowak erläutert, dass es sich um eine zeitgemäße App handele, die App jedoch auch von den Bürgern genutzt und die Vereine informiert werden müssten.

Ratsherr Bertholdt erklärt, dass eine verwaltungsseitige Steuerung notwendig sei, auch um die Nutzung der App zu verbreiten.

Der Seniorenbeauftragte, Herr Heppner, sehe sehr viel Potenzial in der App und wünscht ebenfalls, dass die Vereine informiert würden.

Ratsfrau Housden möchte darauf hinweisen, dass die App „gut versorgt in“ ebenfalls existiere und ein Kollidieren zwischen verschiedenen Apps zu vermeiden sei.

Herr Annacker sagt zu, dass Frau Flintrop Rücksprache mit dem CDO, Herrn Dohmen, halten werde, um dies zu vermeiden.

4 Aktueller Sachstand zum Vergabeverfahren Neubau Obdach - in der Sitzung wird berichtet

Dezernent Herr Annacker erklärt, dass das Leistungspaket für die Vergabe erstellt sei. Die Ausschreibung werde zeitnah erfolgen. Geplant sei, dass der Auftrag im Februar 2024 vergeben werde und die Übergabe des Gebäudes 32 Monate nach der Vergabe erfolge.

Ergänzung: Die Ausschreibung wurde am 15.09.2023 veröffentlicht, die Submission der Teilnahmeanträge findet am 17.10.2023 um 12:00 Uhr statt.

5 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0671/2023

Frau Dreyer stellt die Informationsvorlage vor. Sie ergänzt, dass aufgrund des Kindergarten-Neubaus auf der Fröbelstraße die Turnhalle und diverse Nebengebäude abgerissen werden würden, in denen sich aktuell die Koch- und Sanitäreinrichtungen sowie diverse Unterkünfte befänden.

Dezernent Herr Annacker ergänzt, dass nicht absehbar sei, wann die hohen Zuweisungszahlen nachlassen würden. Der Verwaltungsvorstand prüfe aktuell weitere Standorte für die Unterbringung der Flüchtlinge. Es seien kleinere Einheiten für maximal 50 Personen an mehreren Standorten geplant. Im Raum stünde zudem die Wiederinbetriebnahme der Fröbelstraße mit weniger Personen. Im Rahmen der Haushaltsplanungen werde diskutiert, ob entsprechende Containeranlagen angemietet oder gekauft werden sollten.

Ratsherr Becker erkundigt sich, bis zu welcher Grenze die Stadt aufnahmefähig sei. Zudem fragt er, wo die 600 ukrainischen Flüchtlinge aus dem Jahr 2022 in der Abbildung 1 der Informationsvorlage zu finden seien.

Dezernent Herr Annacker erklärt, dass ein Großteil der ukrainischen Flüchtlinge in privaten Haushalten untergekommen sei oder in der Zwischenzeit eigenen Wohnraum gefunden habe. Die Abbildung beziehe sich ausschließlich auf die Aufnahmen in die Übergangwohnheime. Zudem bestehe eine Verpflichtung zur Aufnahme der zugewiesenen Personen. Ein Antrag auf Aussetzung der Zuweisungen könne ausnahmsweise für einen kurzen Zeitraum bei der Bezirksregierung gestellt werden, in dieser Zeit müssten jedoch Maßnahmen zur zukünftigen Sicherstellung der Unterbringung ergriffen werden. Zudem müsse die in dieser Zeit nicht erfüllte Zuweisungsquote nachgeholt werden.

Ratsfrau Niegeloh entnimmt der Abbildung 1, dass aufgrund der über 200 anerkannten untergebrachten Personen ein entsprechender Bedarf an Sozialwohnungen bestehe. Zudem erkundigt sie sich, ob im Rahmen des Königsteiner Schlüssels der Bedarf an Plätzen in Übergangwohnheimen bis zum Jahresende abgebildet werden könne.

Frau Dreyer erläutert, dass es sich bei dem Königsteiner Schlüssel um einen Prozentsatz der in den Landesunterkünften aufgenommenen Personen handele. Da sich dieser stetig verändere, bestehe demnach immer ein gewisser Überraschungseffekt.

Ratsherr Bertholdt betont, dass keine Entspannung der Zuweisungen absehbar sei und daher alle Gemeinflächen in Betracht gezogen werden müssten. Auch empfiehlt er den Einbezug des Planungsausschusses.

Ratsfrau Pricken merkt an, dass nicht nur Wohnraum fehle, sondern auch Mitarbeiter in Behörden, da die Wartezeit bei Ausländerbehörden und Krankenkassen sehr lang sei. Auch seien die Kapazitäten der Kindergärten, Schulen und Sportvereine erschöpft.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken gibt an, dass 144 Plätze auf der Fröbelstraße verloren wären und bittet daher schnellstmöglich um eine Lösungsfindung.

Der Dezernent Herr Annacker antwortet, dass aktuell mehrere Grundstücke in Betracht gezogen und baurechtlich geprüft werden würden.

6 Aktueller Sachstand Stärkungspakt NRW **Vorlage: FB22/0672/2023**

Frau Kümmel stellt die Informationsvorlage vor.

Bis zum Fristende seien 455 Anträge für über 600 Personen eingegangen. Diese hohe Zahl sei der tatkräftigen Unterstützung von Meerbusch hilft zu verdanken.

Die Antragsteller würden in den nächsten Wochen angeschrieben und über Abholzeiten der Gutscheine informiert werden. Die Gutscheinhöhe werde 50,00 für Erwachsene und 25,00 € für Kinder betragen.

Aus den weiteren Mitteln des Stärkungspaktes NRW sei die Finanzierung eines grünen Frühstücks bzw. eines gesunden Snacks für Kindergärten und Schulen geplant.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, erkundigt sich, wo die Gutscheine eingelöst werden könnten.

Frau Kümmel antwortet, dass die Gutscheine analog zu den im Asylbereich ausgestellten Gutscheinen in den meisten Lebensmittelläden eingelöst werden könnten. Es empfehle sich, dass die Einlösbarkeit des Gutscheines vorab an der Kasse des jeweiligen Ladens erfragt werde. Die Anspruchsberechtigten würden bei Abholung noch einmal entsprechend informiert.

7 Weiterentwicklung des Ehrenamtes - Umsetzung der Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Workshop **Vorlage: FB22/1729/2023**

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt, die jährlich im Haushalt vorgesehenen Mittel im Produkt 050 331 010, Produktkonto 5318 0000 in Höhe von 45.000,-€ für die Lotsenpunkte sowie 3.000,-€ aus dem Fonds zur digitalen Vernetzung der ehrenamtlichen Vereinsarbeit bis auf Weiteres für die Einrichtung einer Vollzeitstelle oder ggf. zweier Teilzeitstellen gem. TVÖD S 12UE zur Koordination des ehrenamtlichen Engagements in Meerbusch bereitzustellen und dabei die originären Ziele der Lotsenpunkte weiter zu verfolgen. Über die Aufnahme in den Stellenplan entscheiden in der Folge der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss und der Rat. Mit Aufnahme in den Stellenplan kann die Mittelanmeldung im Haushalt im vorgenannten Produkt entsprechend gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

Sachverhalt:

Dezernent Herr Annacker stellt die Beschlussvorlage vor.

Ratsfrau Niegeloh begrüßt die Erschaffung einer neuen Stelle, der Lotsenpunkt solle jedoch nicht wegfallen.

Dezernent Herr Annacker antwortet, dass der Lotsenpunkt eine Initiative der Grünen gewesen sei, deren Umsetzung trotz diverser Anläufe an der Doppelabdeckung durch andere Initiativen gescheitert sei.

Ratsherr Berthold führt aus, dass der Workshop Ehrenamt nicht zu dem Ergebnis geführt habe, dass sofort Personal gefordert werde. Für die VoluMap wäre jedoch ein Administrator von Verwaltungsseite notwendig, fraglich seien die notwendigen Kompetenzen.

Ratsherr Kräling erwidert, dass eine digitale Plattform sich nicht selbst betreiben werde, Personal daher notwendig sei.

Ratsherr Fliege ergänzt, dass die eingestellte Person nicht nur für die Administration der Plattform zuständig sein müsse, sondern auch das Ehrenamt für die Personengruppe managen sollte, die die App nicht nutzen könnten. Er stimmt Frau Niegeloh zu, dass über die Lotsenpunkte lange diskutiert worden sei und die Umverteilung der Mittel dieser Diskussion nicht gerecht werden würde. Das Verschieben der Haushaltsmittel auf neue Vorhaben würde auf Dauer nicht gut gehen. Er lehne den Beschluss daher ab.

Ratsfrau Niegeloh drückt aus, dass die SPD dem Beschluss in dieser Form nicht zustimmen würde, als stellvertretende Bürgermeisterin hätte sie den Bedarf der Lotsenpunkte besonders im Bereich der Pflegeberatung erlebt.

Dezernent Herr Annacker antwortet, dass immer wieder die Schwierigkeit bestanden habe, fachgerechte Partner, die diese Lotsenpunkte übernehmen, zu finden. Für die Pflegeberatung sei zudem die Ansprechbarkeit innerhalb der Verwaltung durch Herrn Lammermann gegeben.

Ratsfrau Niegeloh beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Ausschusssitzung wird von 19:30 – 19:45 Uhr unterbrochen.

Dezernent Herr Annacker merkt an, dass die Verfolgung der originären Ziele der Lotsenpunkte auch im Rahmen der Koordinierungsstelle weiterverfolgt werden könnten.

Ratsherr Berthold betont, dass für die Pflegeberatung neben den Pflegekassen und der Stadtverwaltung auch Alltagsbetreuer Ansprechpartner seien. Die Lotsenpunkte seien nach einem Vorbild der Stadt Neuss entstanden, die Sozialstruktur der Stadt Neuss weiche jedoch so deutlich von der Sozialstruktur der Stadt Meerbusch ab, dass eine Übertragung der Idee der Lotsenpunkte nicht möglich sei. Er sehe in Meerbusch keinen weiteren Bedarf für Lotsenpunkte und stimme daher dem Beschluss zu.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken schlägt vor, den Beschlussvorschlag um den Satz zu erweitern, dass die originären Ziele der Lotsenpunkte im Rahmen der Koordinierungsstelle weiterverfolgt werden.

8 Anforderungen und Entwicklung in der Wohnungsnothilfe **Vorlage: FB22/0689/2023**

Dezernent Herr Annacker stellt die Informationsvorlage vor. Er betont, dass der Begriff „Wohnungslos“ nicht mit Obdachlosigkeit gleichgesetzt werden könne. Die Belastungsgrenze der Wohnungsnothilfe sei erreicht.

Ratsfrau Niegeloh führt aus, dass laut Informationsvorlage der Arbeitsschwerpunkt der Wohnungsnothilfe auf der Begleitung bei Wohnungsbesichtigungen und Behördengängen läge. Diese Tätigkeiten könnten auch von anderen Stellen übernommen werden, um die Fachkräfte der Wohnungsnothilfe zu entlasten.

Dezernent Herr Annacker betont, dass die Wohnungsnothilfe ggf. intern prüfen könne, wie sie effektiver und effizienter arbeiten könne.

9 Bericht zur Sitzung des Runden Tisches Barrierefrei - in der Sitzung wird berichtet

Frau Kümmel berichtet, dass bei der Sitzung des runden Tisch barrierefrei zunächst aktuelle Bedarfe zu verschiedenen Themen und Bereichen gesammelt worden wären. Es hätte sich herausgestellt, dass Barrierefreiheit eine Querschnittsaufgabe der gesamten Verwaltung sei. Ein Schwerpunkt liege hierbei nach Sammlung der Daten deutlich in (städte-)baulichen Veränderungen. Durch den runden Tisch barrierefrei könne ein zentraler Punkt eingerichtet werden.

Der Seniorenbeauftragte, Herr Heppner, regt an, dass er einen Transport für bestimmte Personen zu den Tagungen für wünschenswert halte, um die Sitzungen barrierearm zu gestalten. Er bedenkt die Kostenfrage.

Der Ausschussvorsitzende Herr Focken regt an, die Ergebnisse des runden Tisch barrierefrei dem Protokoll beizufügen.

10 Anträge

Keine Anträge.

11 Anfrage Bündnis90/Die Grünen zur Wohnraumbedarfsprognose **Vorlage: FB22/0218/2023**

Frau Kümmel sagt zu, die schriftliche Beantwortung der Anfrage der Niederschrift beizufügen.

12 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Keine Äußerung der Verwaltung
Die Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

13 Termin der nächsten Sitzung: Donnerstag, den 16.11.2023

14 Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, macht auf die Interkulturelle Woche aufmerksam, welche vom 25.09.2023 bis 01.10.2023 stattfindet und hofft auf rege Teilnahme.

Meerbusch, den 5. Oktober 2023

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Verena Nicolas
Schriftführer/in